

Leserbrief zu Artikel aus den NN 23.5.2018:

Schülerinnen fühlen sich als Opfer eines Kreuzzugs

Symbole werden durch Bedeutungsgebung zu Streitobjekten. Um Symbole zu streiten erscheint deshalb von außen gesehen meistens sehr lächerlich. Toleranten Atheisten, die das schlichte Kreuz an der Wand von Klassenzimmern und Amtsstuben bisher humorvoll als mathematisches Zeichen (und so als Anerkennung für wissenschaftliches Denken) gedeutet haben, kann aber momentan das Schmunzeln vergehen. Vorgänge wie im Wolnzacher Gymnasium, Geisteshaltungen wie sie Erich Irlstorfer formuliert und Markus Söders Kreuz-Kampagne zeigen, dass es Christen gibt, die das Kreuz zunehmend als Kampfsymbol verwenden. Zierte der Schriftzug „Gott mit uns“ zukünftig Abi-T-Shirts, statt wie früher Koppelschlösser von Soldaten und Polizisten?

In Verbindung mit der Dynamik jugendlicher Entwicklung kann scheinbar auch das Symbol des Christentums die Zugehörigkeit zur Peergroup markieren, deren Zusammenhalt stärken, „die Anderen“ wirksam ausgrenzen und gegebenenfalls diffamieren. Das sind Mobbing-Effekte, die in der Jugendkultur meist durch Frisuren, Klamotten, Sprachcodes und Musikstile erzielt werden ... außer vielleicht im katholischen Oberbayern.

Für Christen mag es stringent und erstrebenswert sein, dem eigenen Glauben Ausdruck zu verleihen, was durch das Grundrecht auf Religionsfreiheit gewährleistet sein muss. Gegen sakrale Halskettchen und fischige Autoaufkleber als persönliche Ausdrucksformen des Glaubens gibt es daher nichts einzuwenden. Genauso ist die „Freiheit von Religion“, als persönlich getroffene Wahl, zu tolerieren und gegen Diskriminierung zu schützen.

Was bedeutet das aber für eine staatliche Schule, die sich überzeugend und klar verhalten will?

Gerade wenn man Jugendlichen die Lernerfahrung ermöglichen möchte, wie man trotz verschiedener Weltanschauungen und Meinungen friedlich zusammen leben kann?

Hier sehe ich keine bessere Möglichkeit, als eine klare Äquidistanz zu allen Weltanschauungen zu erzeugen. Sobald der Staat, symbolisch und durch Regelungen wie man sie im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) findet, einer Religion den Vorzug gibt, ist strukturelle und persönliche Diskriminierung von einzelnen Personen unausweichlich. Darum kann man den Konflikt am Gymnasium in Wolnzach als symptomatischen Ausdruck der Verflechtung zwischen Staat und Kirche sehen. In der bayerischen Variante ist das dann der, das soziale Klima beherrschende, religiös-parteiliche Filz. Wer religiös motiviertes Mobbing verhindern will, muss staatliche Neutralität überzeugend verwirklichen. Dann können Schulleitungen, Beratungs- und Lehrkräfte nach klaren ethischen Grundsätzen handeln und allen Schülern beistehen die, egal aus welchem Grund, diskriminiert bzw. gemobbt werden.

Das Berliner Neutralitätsgesetz, ursprünglich wegen der Debatte um kopftuchtragende Lehrerinnen beschlossen, ist eine praktikable Antwort auf die Frage, welche Haltung staatlich Beschäftigte gegenüber den zahlreichen Religionen und Ideologien einnehmen sollten. Auch in Wolnzach könnte eine solche Regelung Handlungssicherheit und Gleichberechtigung allen Weltanschauungen gegenüber fördern. Die logisch ebenso erforderliche Neutralität von Räumen, durch das Entfernen religiöser Symbole, herzustellen, ist dann wieder ein trivialer, symbolischer Schritt – die eigentliche Herausforderung besteht darin durch staatliche Neutralität einen Rahmen für Toleranz zu schaffen und ihn in Konflikten aufrecht zu halten. Indem sich Schule und Staat keine Weltanschauung zu eigen machen, können sie von allen gesellschaftlichen Gruppen das demokratische Erdulden andersartiger Überzeugungen einfordern.

„Die Schule ist kein Ort der Bekehrung, sondern ein Ort, an dem die Werte der Aufklärung vermittelt werden sollen. Dort gilt es, das zu kultivieren, was verbindet, anstatt auf das zu setzen, was unterscheidet.“ sagt Naila Chikhi, eine der Aktivistinnen für das Neutralitätsgesetz in Berlin. Recht hat sie, finde ich.

Hansjörg Albrecht